

Dokument 18

Interview mit Reiner Braun, Bildungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Saarländischen Landtag, vom 7. Oktober 2007



Das "Zwei-Wege-Modell" wurde bereits im Jahr 2004 auf einem Landesparteitag der SPD-Saar beschlossen. Der SPD-Landesparteitag, der vor der diesjährigen Sommerpause stattfand, hat das "Zwei-Wege-Modell" mit überwältigender Mehrheit bestätigt. In einem *Positionspapier* legte Reiner Braun im August nochmals zentrale bildungspolitische Zielsetzungen seiner Fraktion dar.

schulstruktur.com: Erläutern Sie bitte, warum Sie eine Neu-Positionierung im Saarland in der Schulstrukturdebatte zum gegenwärtigen Zeitpunkt für nötig halten?

Reiner Braun: So neu ist diese Positionierung nicht. Bereits in unserem "Regierungsprogramm" für die Legislaturperiode 2004-2009 haben wir uns für das "Zwei-Wege-Modell" ausgesprochen. Bereits 1996, als die Sozialdemokraten an der Saar noch die Regierung stellten, ist es uns gelungen, die verfassungspolitische Absurdität "Hauptschulgarantie" zu beseitigen. In keinem Land besuchten damals so wenige Schüler diese Schulform, nämlich weniger als 8% eines Jahrgangs. Entscheidender aber war, dass die Schülerschaft der Hauptschule gewissermaßen eine homogene Problemgruppe darstellte. Unter den Bedingungen von Anrengungsarmut, sozialer Isolation und gesellschaftlicher Deklassierung konnte die pädagogische Aufgabe der Förderung nicht gelingen.

Der mit der damaligen Oppositionspartei CDU gefundene Verfassungskompromiss, der noch heute Gültigkeit hat, führte dazu, dass sowohl die Hauptschule also auch die Realschule aufgelöst, beide Bildungsgänge aber unter dem Dach der so genannten "Erweiterten Realschule" fortgeführt wurden. Das Bildungsangebot von Gymnasien und Gesamtschulen blieb unberührt.

Die Art und Weise, wie damals die Kernfrage aller Strukturdebatten im Konsens gelöst wurde, die Frage, ob die Schüler nach der Grundschule in separaten Bildungsgängen oder Schulformen unterrichtet werden sollen und, wenn ja, ab wann, oder ob sie in integrierten Lerngruppen mit

allmählich wachsender Leistungsdifferenzierung unterrichtet werden sollen, ist ein Grund für die mittlerweile zurückgehende Akzeptanz der "Erweiterten Realschule": In den Klassenstufen 5 und 6 findet der Unterricht in gemeinsamen Klassen statt. In der ersten Fremdsprache wird allerdings schon ab der 6. Klasse leistungsdifferenzierter Unterricht erteilt, so dass die Festlegung auf den späteren Bildungsgang sehr früh präjudiziert wird. Ab Klassenstufe 7 findet der Unterricht in abschlussbezogenen Klassen statt. Hinzu kommt, dass die "Erweiterte Realschule" im Unterschied zur Gesamtschule nicht in gleicher Weise auch die Option Abitur offen hält.

Derzeit belegen die steigenden Anmeldezahlen an den saarländischen Gesamtschulen, dass immer mehr Eltern eine frühe Sortierung ablehnen und eine längere gemeinsame Unterrichtung ihrer Kinder befürworten. Die "Erweiterte Realschule" hat deutliche Einbußen hinzunehmen, so dass an einigen Standorten sehr bald die Bedingungen eines "geordneten Schulbetriebes" nicht mehr zu erfüllen sein werden. Für das Gymnasium entscheiden sich trotz der heftig umstrittenen Verkürzung auf 8 Jahre nahezu 40% der Eltern.

Für die SPD- Fraktion im saarländischen Landtag ist neben diesen saarlandspezifischen Aspekten und neben demografischen Gründen eine Strukturreform aber auch aus Gerechtigkeitsgründen notwendig. Denn eines hat der "frische Wind der Empirie" ergeben: Ohne strukturelle Änderung stoßen alle Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung von Unterricht an enge Grenzen. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an den in Strukturfragen zur Vorsicht neigenden Baumert, der das dreigliedrige Schulsystem dafür verantwortlich macht, dass an einzelnen Schulen Lern- und Entwicklungsmilieus entstehen, die zu einer kumulativen Benachteiligung von Schülerinnen und Schülern führen.

schulstruktur.com: Angenommen, es fänden sich politische Mehrheiten für Ihre Vorstellungen. Wie könnte die saarländische Schulstruktur im Jahre 2020 aussehen?

Reiner Braun: Zumindest der erhebliche materielle Druck, den der demografische Wandel erzeugen wird, stimmt mich zuversichtlich, dass unser Strukturmodell schon vor 2020 Realität werden wird. Das Saarland verliert nach einer Untersuchung der Robert-Bosch-Stiftung - bezogen auf das Jahr 2003 - bis 2020 27% seiner Schülerschaft.

Unser Strukturvorschlag, der auch die Tatsache zu berücksichtigen hat, dass im Saarland alle Schulformen in der Verfassung verankert sind, vermeidet den bei den Vertretern der "reinen Lehre" ebenso beliebten wie aussichtslosen großen Schritt zu der einen Schule für alle. Dass dieser Schritt pädagogisch durchaus geboten sein mag, will ich überhaupt nicht bestreiten.

Unser "Zwei-Wege-Modell" sieht zwei verschiedene Wege zum (möglichen) Abitur vor: Neben dem gymnasialen Weg nach 8 Jahren den integrativen Weg nach 9 Jahren. Hierzu sollen die bestehenden "Erweiterten Realschulen" und die Gesamtschulen zu einer Schulform zusammengefasst werden, die sich am pädagogischen Konzept der integrierten Gesamtschule orientiert, die im Saarland seit 20 Jahren erfolgreich arbeitet. Da diese Schule alle Schülerinnen und Schüler aufzunehmen hat, die nicht das Gymnasium besuchen, müssen deren Rahmenbedingungen so attraktiv ausgestaltet werden, dass sie als echte Alternative zum Gymnasium wahrgenommen wird.

Die bisherige Praxis des Gymnasiums, sich der Schüler entledigen zu können, von denen es glaubt, dass sie nicht zu ihm passen, sollte eine erhebliche Einschränkung erfahren.

Meine Fraktion ist überzeugt davon, dass das "Zwei-Wege-Modell" einen unproduktiven Kulturkampf erspart, wie er bei der Abschaffung des Gymnasiums zu erwarten wäre, aber dennoch zu mehr Integration und damit zu mehr Chancengleichheit und zu mehr qualitativ hochwertigen Abschlüssen führt.

schulstruktur.com: Welche Perspektive sehen Sie langfristig in der Schulform Realschule?

Reiner Braun: Im Saarland haben wir bereits im Jahr 1996 die Schulform Realschule aufgelöst. Die bundesweite Entwicklung macht deutlich, dass immer mehr Bundesländer ebenfalls diesen Weg beschreiten. Der Realschulbildungsgang wird die Schulform Realschule allerdings überdauern.

schulstruktur.com: Wie bewerten Sie bildungspolitische Konzepte, die ein längeres gemeinsames Lernen bis zur 6. und 7. Klasse unter dem Dach einer Gemeinschaftsschule anstreben und erst danach Schülerinnen und Schüler den herkömmlichen Bildungsgängen zugeordnet sehen wollen?

Reiner Braun: Es mag sein, dass die Prognose-Sicherheit bezüglich des künftigen Bildungsganges nach der 6. Klasse größer ist als nach der 4. Klasse. Dass aber zu dem späteren Zeitpunkt nur nach Leistung, nicht aber nach sozialer Herkunft sortiert wird - diese Hoffnung überfordert meinen Optimismus.

Empirische Belege für eine Überlegenheit der Berliner oder Brandenburger mit ihrer sechsjährigen Grundschule sind mir nicht bekannt.

Schulen gar, die sich Gemeinschaftsschulen nennen, aber nach der 6. Klasse unter einem Dach drei verschiedene Bildungsgänge -fein säuberlich von einander getrennt- anbieten, leisten der bisherigen Sortierung in Schubladen - wenn auch in abgeschwächter Form - Vorschub. Der Begriff "Gemeinschaftsschule" droht an solchen Schulen zum Etikettenschwindel zu werden.

Das Interview führte Dr. Peter Pahmeyer

©schulstruktur.com